

Peru

„Unsere Zeugen sind alle tot!“

Das ZFD-Engagement dort ansiedeln, wo die Opfer leben

Ein nationales einheitliches Opferregister soll die Grundlage dafür schaffen, dass die Opfer des bewaffneten Konfliktes in Peru der 1980er und 1990er Jahre Wiedergutmachungen erhalten können. Der ZFD unterstützt sie dabei mit verschiedenen Instrumenten, von der Beratung durch Fachkräfte bis hin zu finanziellen Beiträgen.



© Elizabeth Castillo V. COMISEDH

„Unsere Dokumente fielen im Krieg den Flammen zum Opfer!“, klagt eine Betroffene in der ayacuchanischen Provinz Huancasancos.

Wir können kaum glauben, dass ihr tatsächlich gekommen seid!“ Der Dorfvorsteher wundert sich. Zwar hatte sich das 13-köpfige Team zuvor angekündigt, aber man rechnet in Santa Rosa de Anta nicht damit, dass es Fremde wirklich bis in den abgelegenen Weiler in den peruanischen Hochanden mit seinen nur wenigen Dutzend Familien schaffen. Ein paar Stunden später sind 18 Menschen registriert für ihre mögliche Aufnahme in das sogenannte „Einheitliche Opferregister“. Jeder hat die Möglichkeit, seine Version von den oft schon 20 Jahre zurückliegenden Gewalterfahrungen zu berichten. Ein Bogen wird ausgefüllt mit Fragen, wie „Gibt es Zeugen?“, „Gibt es in irgendeiner Form schriftliche Belege, eine Geburtsurkunde oder gar den Ausweis eines Ermordeten?“

Wiedergutmachung vom Staat erhalten

Die 13 jungen Leute, die Santa Rosa de Anta besuchen, sind im Auftrag des staatlichen Reparationsrates (*Consejo de Reparaciones*) unterwegs. Der Reparationsrat hat nur eine einzige, ihm gesetzliche zugewiesene Aufgabe zu erfüllen: Er soll das nationale „Einheitliche Opferregister“ erstellen, das den Opfern des internen bewaffneten Konfliktes, der in den Jahren von 1980 bis 2000 Peru erschüttert hat, die Möglichkeit gibt, vom Staat eine Wiedergutmachungszahlung zu erhalten.

Die Datenerhebung in drei Provinzen Ayacucho wird im Auftrag des Reparationsrates von der Nichtregierungsorganisation COMISEDH (Kommission für Menschenrechte) durchgeführt, die seit dem Jahr 2002 ZFD-Partnerorganisation ist. Der ZFD übernimmt auch ihre Finanzierung.

In den 1980er und 1990er Jahren lag Santa Rosa de Anta mitten im Zentrum des Konfliktes. 1980 war in Ayacucho der Philosophieprofessor Abimael Guzmán mit seinen Anhängern in den Untergrund gegangen und hatte mit seiner „Kommunistischen Partei Perus – auf dem leuchtenden Pfad José Carlos Mariátegui“ den bewaffneten Kampf aufgenommen. Kurz „Sendero Luminoso“, der „Leuchtende Pfad“ genannt, machten die Aufständischen schnell klar, dass sie keine Guerilla etwa nach kubanischem oder nicaraguanischem Vorbild waren. *Sendero Luminoso* forderte absolute Unterwerfung, vermeintlich legitimiert durch die Überzeugung, die Revolution herbeizuführen und aus einem Blutbad eine neue Gesellschaft entstehen zu lassen.

Die ländliche Bevölkerung in den Bergen Ayacucho sowie in anderen Regionen – vor allem des Andenhochlandes – fand sich zwischen den Fronten wieder. *Sendero Luminoso* erschien in den Dörfern und mordete: Opfer wurden angebliche Verräter, lokale Amtsträger, die nicht

Ingrid Rivero
registriert eine
Konfliktbetroffene in
der ayacuchanischen
Provinz Victor Fajardo.



© Elizabeth Castillo V., COMISEDH



Freddy Huaycha
hilft einer älteren Frau
beim Ausfüllen
des Fragebogens.

© Elizabeth Castillo V., COMISEDH

sofort zur Unterwerfung bereit waren. In einigen Fällen begingen Kommandos des „Leuchtenden Pfades“ in Dörfern regelrechte Massaker. Auch die staatlichen Sicherheitskräfte, die in den Kampf gegen die Aufständischen geschickt wurden, hinterließen vielerorts eine Spur der Gewalt. Die von 2001 bis 2003 tätige staatliche „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“ kommt zu dem Ergebnis, dass von insgesamt knapp 70.000 Todesopfern des Konfliktes der größte Anteil Sendero Luminoso zuzuschreiben ist. Für eine geringere, aber doch bedeutende Zahl von Opfern macht die Kommission die staatlichen Kräfte verantwortlich.

Symbolische Anerkennung

Wer in Santa Rosa de Anta zum Opfer des Konfliktes wurde, wer direkte Angehörige verloren, wer verletzt oder vergewaltigt wurde und überlebt hat, wartet schon lange auf eine symbolische ebenso wie eine materielle Anerkennung des erlittenen Leides. Die schlimmsten Jahre der Gewalt waren die 1980er Jahre. Im Jahr 1992 konnte die Polizei die Führungsspitze des Sendero Luminoso verhaften. Es folgten noch acht Jahre unter der autoritären Herrschaft des Präsidenten Alberto Fujimori, in denen keine öffentliche Auseinandersetzung mit den Gewalterfahrungen möglich war. Zu sehr stand der „Kampf gegen den Terrorismus“ im Vordergrund, von rechtsstaatlichen Verhältnissen war das Land weit entfernt.

Eine symbolische Anerkennung des Leides liegt in der Tätigkeit der Wahrheitskommission und in ihrem neunbändigen Abschlussbericht. Aus Zeitmangel unvollständig, ist in dem Bericht das Grauen dokumentiert. Dieses Unterfangen war umso schwieriger, da der Konflikt doch zu einem großen Teil in entlegenen Bergregionen stattgefunden hat. Die Opfer und ihre Angehörigen sind in ihrer großen Mehrheit Bäuerinnen und Bauern, viele sprechen deutlich besser Quechua als Spanisch. Opfer wurden also vor allem diejenigen, die von der weißen, Spanisch sprechenden Gesellschaft in der Hauptstadt Lima vielfach nicht als gleichwertige Staatsbürger wahrgenommen werden.

Die Einsetzung des Reparationsrates ist Folge einer der politischen Empfehlungen, die die Wahrheitskommission 2003 formuliert hatte: Der Staat solle den Opfern des Konfliktes kollektive und individuelle Wiedergutmachung leisten. Der ZFD unterstützt die Initiative dabei in Ayacucho und in der Nachbarregion Apurímac mit Zuschüssen für einheimische Fachkräfte.

Die Hoffnung verlieren

Frustration und Misstrauen sind vielerorts geblieben. In Pongococha, nicht weit von Santa Rosa de Anta, geht ein Raunen des Protestes durch die Menge, als die Mitglieder des Teams ausführlich erläutern, wie wichtig Zeugenaussagen als Beweismittel tatsächlich sind. „All diese Beweise können wir euch niemals bieten“, meint einer der Anwesenden erbost. Ein anderer ergänzt: „Unsere Zeugen sind alle tot. Die Behördenmitarbeiter hier im Ort sind zu jung, um die Ereignisse von damals bescheinigen zu können. All unsere Dokumente fielen im Krieg den Flammen zum Opfer!“ Ein weiterer Betroffener ereifert sich: „Entweder, ihr glaubt uns, was wir sagen, oder wir wollen nichts mit euch zu tun haben.“ Schnell kann der Eindruck entstehen, einmal mehr nicht als Bürger mit allen Rechten ernst genommen zu werden.

Manche haben die Hoffnung verloren. Ein älterer Mann mit von den Jahren zerfurchtem Gesicht reagiert mit Resignation auf das Angebot des Teams, seine Daten für das Opferregister aufnehmen zu lassen. „In ein paar Jahren bin ich schon längst tot“, klagt er. Vor über 20 Jahren hat er seine gesamte Familie verloren, Frau und sieben Kinder, das jüngste gerade mal sechs Jahre alt. „Da habe ich nichts davon, jetzt mit euch zu reden. Lieber bestelle ich mein Feld. Von irgendetwas muss ich ja leben – und zwar heute, nicht erst in einigen Jahren!“

Zehntausende von Datensätzen liegen in der Zentrale des Reparationsrates, viele werden noch hinzu kommen. Auch in der Zentrale in Lima unterstützt der ZFD des DED den Reparationsprozess. Eine Friedensfachkraft nahm Anfang des Jahres 2009 ihre Tätigkeit beim Reparationsrat in Lima auf, um bei der Gestaltung der komplexen Arbeitsabläufe mitzuwirken.

Doch das Engagement des ZFD wirkt vor allem dort, wo die Opfer seit vielen Jahren ihr Leben notgedrungen selber neu organisieren müssen: In den Bergen von Apurímac und Ayacucho, in Pongococha und Santa Rosa de Anta. Wenn der Reparationsprozess dazu führt, dass der peruanische Staat die Gewaltopfer in den Bergen von Ayacucho wirklich wahrnimmt und als solche anerkennt, dann wurde ein Beitrag geleistet zur Bearbeitung der Konflikte der Gegenwart, die ihre Wurzeln in den bewaffneten Auseinandersetzungen der Vergangenheit haben.

Dr. Ulrich Goedeking und Martin Sprenger

© Elizabeth Castillo V., COMISEDH



Nur ein eingehendes
Gespräch mit
den Betroffenen
erlaubt die genaue
Dokumentation
des erlittenen Leides.

Dr. Ulrich Goedeking ist Soziologe und seit 2007 ZFD-Koordinator des DED in Peru. Martin Sprenger ist Politikwissenschaftler und seit 2007 Friedensfachkraft des DED in Peru.